



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Der belgische Staatsnationalismus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

im Begriffe, reaktionär zu werden, wie man an den Kriegszielen der Westmächte, die auf Wiederherstellung dringen, ganz deutlich sehen kann. Konservativismus und Sozialismus aber, die bei uns in mancher Hinsicht verwandter sind, als sie selber wissen, können heute, wenn sie die Stunde recht begreifen, gerade zu Trägern echten Fortschrittes werden, wie sie es schon in Bismarcks vorbildlicher Person waren. Die Gefahr für beide ist es einerseits einer Verhärtung in unfruchtbarem Radikalismus zu verfallen, andererseits vom Liberalismus, der gerade den Höhepunkt seiner geistigen und politischen Macht überschreitet, angeähnelnd und in seinen Niedergang mit hineingerissen zu werden. Die großen inneren Fragen des Konservativismus, der heute so gut eine Krise durchmacht wie die Sozialdemokratie und der Liberalismus, gehören hier nicht in unseren Zusammenhang. Die Arbeiterschaft als solche wird nur mittelbar davon berührt. Auch auf die geschichtlichen Vorläufer der durch die Stunde stürmisch geforderten national-sozialistischen Arbeiterbewegung, in deren Reihe besonders Lassales ehrend zu gedenken wäre, kann auf diesem engen Raum nicht eingegangen werden. Dagegen hat uns nun die Betrachtung so weit geführt, daß wir in einem folgenden Aufsatz auf den Krieg und seine unmittelbaren Einwirkungen auf die Zukunftsfragen einer nationalen Arbeiterschaft zu sprechen kommen können.



Der belgische Staatsnationalismus

Von Dr. Karl Buchheim



Im zweiten Teile des Faust läßt Goethe den Homunkulus auftreten, den künstlichen Menschen, der durch die Retorte in die Welt gesetzt ist und nun gern wie ein natürlicher Vollmensch werden möchte. Man schafft nicht ungestraft Organismen außerhalb der natürlichen Entstehungsbedingungen. Darüber hat niemand treffendere Erfahrungen gemacht als die europäische Diplomatie. Denn auch Staaten sollen Organismen sein, und die Homunkuli unter ihnen, die in der diplomatischen Retorte erzeugt sind, leben sich und anderen nicht zum Segen. Das hat sich an dem neutralisierten Königreiche Belgien gezeigt. Zwei Volkstümer umschloß es in seinen Grenzen, und keines von beiden hatte diesen Staat auf natürliche Weise gewollt und geschaffen. Die Wallonen neigten von jeher zu Frankreich und die Flamen hatten überhaupt wenig politischen Schöpferwillen. Sie hängen an ihrer volkstümlichen Tradition und an den Freiheiten ihrer lokalen Autonomie. So eine sich besonders gebildet dünkende Oberschicht hielt es für ein Zeichen wahrer Kultur, ebenfalls zu Frankreich zu neigen. Zweimal, unter dem Bürgerkönig und

unter dem Kaiserreich, hat Frankreich Anstalten gemacht, den belgischen Dissen zu verschlucken. Von den belgischen Völkern hätte sich das eine gar nicht, das andere wenig wirksam dagegen gewehrt, wenn nicht England dem belgischen Staate den Willen zum Widerstand nachdrücklich gekräftigt hätte.

Aber indem nun dieses Komunkulusdasein durch viele Jahrzehnte hindurch erhalten blieb, mußte in ihm der Wille, ein vollblütiger Staat zu werden, schließlich doch erwachen und sich nun um so krampfhafter betätigen. So ist der belgische Staatsnationalismus entstanden, den wir vor dem Kriege leider viel zu wenig beachteten und der heute die Politik von Le Havre noch gerade so gut beherrscht, wie er vorher seit langem auch in Brüssel die Politik der belgischen Regierung bestimmt hatte. Wir hörten und hören, wie das besiegte Belgien gar nicht daran denkt, den Frieden mit uns vorzubereiten, sondern immer noch von dem Triumph der Ententetruppen und von der schließlich Belohnung des Aussharens träumt. Für die Wiederherstellung der verletzten Neutralität, um derentwillen man angeblich zu den Waffen gegriffen hat, begeistert sich heute in belgischen Kreisen keine Seele, sondern belgische Herrschaft vom Armelmeer bis an den Rhein in Waffenbrüderschaft mit den Westmächten, das ist das große Ziel, um deswillen man immer noch die belgischen Truppen in den flandrischen Gräben und Trichtern ausharren läßt.

Auch ein neutraler Staat, der mehrere Nationen in sich vereinigt, kann in der internationalen Politik eine Rolle spielen. Er ist der natürliche Anwalt all der kosmopolitischen Interessen, die denen der Nationalstaaten quergeschichtet sind. Internationale Organisation der Wissenschaft und Wirtschaft, des Völkerrechtes und der Liebestätigkeit, der Klassen und der Konfessionen, das wäre seine Aufgabe. So hat in vorbildlicher Weise die Schweiz ihre Rolle aufgefaßt: das Rote Kreuz der Genfer Konvention und die tausendfache vermittelnde Hilfsstätigkeit der Eidgenossen zwischen den beiden großen Kriegslagern befunden, wie ein grundsätzlich neutraler Staat ein wichtiger Faktor der hohen Politik werden kann. So hat aber Belgien seine Aufgabe nicht auffassen wollen. Zwar war auch Brüssel vor dem Kriege der Sitz mancher internationalen Organisation. Aber diese bekam dort stets einen innerlich nicht wahrhaft neutralen, einseitig westeuropäischen oder gar speziell französischen Anstrich. Was von Belgien an internationaler Organisation ausging, gravitierte immer mit Vorliebe nach Frankreich oder England hin. Mit Ausnahme der entschiedenen Flaminganten hielten die Belgier entweder einfach die politischen und kulturellen Ziele Frankreichs für die ihren, oder sie träumten von einer spezifisch belgischen Kultur, die die Aufgabe haben sollte, die Grenzgebiete germanischer und romanischer Bevölkerung staatlich zusammenzuschließen und dem System der westeuropäischen, vom Geiste Englands und Frankreichs bestimmten Staaten anzugliedern. Diese Ziele wies die Geschichtschreibung Godefroid Kurths und Henri Pirennes dem belgischen Staate. In dieser Aufgabe erblickten sie seine historische Rechtfertigung. Kurth und Pirenne glaubten aus der Geschichte erweisen zu können, daß der belgische Staat von 1830 keineswegs bloß den Bedürfnissen der damaligen Diplomatie sein Leben verdanke, sondern daß seine Wurzeln über ein Jahrtausend rückwärts bis auf das karolingisch Zwischenreich Lotharingen reichten. Der burgundische Staat des fünfzehnten Jahrhunderts, das Reich Karls des Kühnen, sollte ebenfalls eine Verkörperung des

belgischen Staatsgedankens gewesen sein. Die gemeinsamen Schicksale der belgischen Landesteile seit dem niederländischen Freiheitskampf ließen sich sogar mit einigem tatsächlichen Grund als Vorbereitung des territorialen Bestandes des Königreiches Belgien auffassen. So bekam der belgische Staat den Anschein einer geschichtlichen Begründung seines Daseins. Pirenne selbst und seine wissenschaftlichen Schüler haben sich zwar gehütet, aus dieser Geschichtslehre allzu robuste politische Folgerungen zu ziehen. Aber es fanden sich bald gröbere Geister, die nun dem flämischen und wallonischen Volkstum eine höhere Einheit in einer „belgischen Nation“ andichteten und einen belgischen Nationalismus proklamierten. Der Brüsseler Senator Edmond Picard entdeckte eine „belgische Volksseele“ (âme belge) und mußte in Wort und Schrift wenigstens das hauptstädtische Publikum für das belgisch-nationale Ideal zu begeistern. In der Provinz draußen waren freilich weder die Flamen noch die Wallonen bereit, ihr wurzelhaftes Volkstum gegen das neuerfundene einzutauschen. Aber die regierenden Kreise ergriffen mit Begierde dieses nationale Mäntelchen für ihren, seiner wahren Herkunft nach so unnationalen Staat. Der belgische Nationalismus ist darum zwar kein Phantom geblieben, sondern hat oft und krampfhaft sein Leben bekundet, tut es sogar bis heute noch, aber er ist niemals echt gewesen, sondern ein reiner Staatsnationalismus, Aushängeschild eines Staates, der sein Dasein dem Willen keines wirklichen Volkstums verdankte.

Diese geistige Vorbereitung des belgischen Staatsnationalismus durch die Geschichtsschreibung ergänzte nun seine Ausrüstung mit materiellen Machtmitteln. Sie ist das unbeirrt festgehaltene Ziel der ganzen langen Regierung des klugen Königs Leopold des Zweiten. Im Jahre 1882 verfaßte sein Ratgeber Emile Banning eine geheime Denkschrift über die internationale Lage Belgiens. Sie war die politische Begründung für die Maasbefestigungen, die der General Brialmont zu gleicher Zeit vorschlug, und die einige Jahre später auch ausgeführt wurden. Belgien begann eine militärische Rüstung anzulegen, die schon durch ihr Dasein dazu helfen mußte, später die Bahn selbständiger Machtpolitik einzuschlagen. Eine weitere Lockung auf diesen Weg bedeutete die Entwicklung der belgischen Industrie und ihrer Ausfuhr. Zwar ist die belgische Landwirtschaft keineswegs schwach und unbedeutend, aber sie ist, weil überwiegend in flämischen Händen, von den herrschenden Wallonen absichtlich politisch und kulturell niedergehalten worden. Belgien hat sich zum einseitigsten Industriestaate entwickelt, seit die auf die wallonischen Provinzen gestützte Schwerindustrie das ältere flandrische Textilgewerbe aus dem Felde geschlagen hat, und darum die Wallonen die belgische Industrie beherrschen*). Diese Industrie ist aber in stärkstem Maße Exportindustrie. Der Anteil der belgischen Industrie am Welthandel ist weit größer als ihr Anteil an der Weltproduktion. Bis zu 80 Prozent ihrer Erzeugung an Stahlwaren wird ausgeführt, fast doppelt so viel wie in England, mehr als doppelt so viel wie in Deutschland. Noch größer ist die Ausfuhr in der Glasproduktion, dem nächstwichtigen Industriezweige Belgiens. Die belgische Wirtschaft ist also

*) Hierzu und für das Folgende vergleiche Herm. Schumacher, „Belgiens Stellung in der Weltwirtschaft“, Nr. 41 der Sammlung „Zwischen Krieg und Frieden“, Leipzig, S. Hirzel, 1917. Preis 1,50 Mark.

wegen dieser Riesenausfuhr in ganz hervorragendem Maße unselbständig. Während große Industriestaaten, wie z. B. Deutschland, aus dem eigenen inneren Markt immer neue Kräfte schöpfen können, vermag das kleine Belgien seiner Industrie nicht entfernt genügenden Absatz zu liefern. Der ausländische Markt ist hier regelmäßig viel wichtiger als der inländische. Bei uns in Deutschland erweitert der ausländische Absatz nur den inländischen, in Belgien macht er die ganze Produktion überhaupt erst möglich. Verschlössen sich die auswärtigen Staaten den belgischen Industrieprodukten, so wäre die belgische Industrie überhaupt so gut wie vernichtet. So war Belgien als einseitiger Exportindustriestaat auf einen unerfülllichen wirtschaftlichen Imperialismus hingewiesen. Überall in der Welt mußten Märkte für den belgischen Absatz gewonnen und erhalten werden. Es entstanden besondere Vereinigungen und Zeitschriften für die wirtschaftliche Expansion nach China, Japan, Rußland, Südamerika. Natürlich mußte diesem wirtschaftlichen Imperialismus vor allem auch die Freundschaft der politischen Herrscher des Weltmarktes wertvoll sein, zumal die der Angelsachsen und Franzosen. Möchten die Interessen Antwerpens und seines Durchfuhrhandels mit dem westdeutschen Hinterland noch so sehr auf Deutschland hinweisen, die Weltmarktinteressen der wallonischen Industrie banden doch noch stärker an die deutschfeindlichen Mächte, und der belgische Staatsnationalismus nahm aus ihnen einen neuen starken Antrieb, seinen Gedanken weiter zu verfolgen, ein wertvoller waffenkräftiger Verbündeter Englands und Frankreichs zu werden, um die wirtschaftlichen Früchte seiner politischen Dienste ernten zu können. Seit 1899 gab es sogar einen belgischen Flottenverein, der die belgische Kriegsflagge über die Meere wehen lassen wollte, um den belgischen Handel zu schützen und im Rate der großen Mächte auch der Stimme Belgiens Eingang zu verschaffen. Vor allem aber wurde die belgische Kolonialpolitik zum stärksten Hebel des Imperialismus, die König Leopolds meisterhafte Diplomatie durch seine Kongounternehmungen angebahnt hatte.

Die deutsche Politik gegenüber Belgien hat es dahin kommen lassen, daß ein belgischer Staatsnationalismus großwachsen und durch militärische Rüstungen, wirtschaftlichen Imperialismus und Kolonialpolitik die feierlich verbürgte Neutralität dieses Landes auflösen konnte. Die entscheidenden Fehler hierbei hat zweifellos schon Bismarck gemacht. Es ist eine ganz verkehrte Methode vieler Darstellungen unserer auswärtigen Politik, die uns geboten werden, auf Bismarck alles Licht, auf seine Nachfolger aber allen Schatten fallen zu lassen. Schon die militärischen Maßnahmen Belgiens in den achtziger Jahren, die Anlage der Maasbefestigungen richteten deutlich ihre Spitze gegen Deutschland. Hiergegen hat die damals von Bismarck geleitete deutsche Politik offenbar nichts Wirksames unternommen. Belgien war als „Barriere“ gegen Frankreich geschaffen worden, und in den Festungsverträgen von 1818 und 1831 hatte neben England gerade Preußen selber die Bürgschaft dafür mit übernommen, daß Belgien nach Süden zu auf der Wacht blieb*). Diese Verträge bestanden nach wie vor zu Recht, und Preußen-Deutschland brauchte nicht zuzulassen, daß Belgien auf einmal seine Front nach Osten nahm. Damals war auch noch keineswegs England mit Frankreich ver-

*) Vgl. „Grenzboten“ d. J. Nr. 46 „Die belgische Neutralität“.

bündet, befand sich vielmehr noch bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts (Gaskoda!) zu diesem in seinem historischen Gegensatz und hatte noch kein Interesse an dem belgischen Frontwechsel. Die geheime Denkschrift Bannings, die die politische Begründung der Maasbefestigung enthielt, kam ungefähr 1888 auf unaufgeklärte Weise in die Hände des französischen Schriftstellers Foucault de Mondion*). Dieser gab sie mit anderen geheimen Papieren zusammen heraus und behauptete, Leopold der Zweite habe diese Festungen nur zum Schein anlegen lassen, um Frankreich eine freundliche Haltung vorzutäuschen. Der König tat nicht das Geringste, um diesen Behauptungen entgegenzutreten. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß ihm das Auftreten Mondions ganz recht war, ja daß es wohl gar auf geheimer Verabredung beruhte. Der König inszenierte eine Aufregung in Frankreich, um die wahren deutschfeindlichen Ziele der belgischen Rüstungen zu verschleiern. Es gelang ihm so in der Tat, einen Widerspruch der deutschen Presse gegen Brialmonts Festungsbauten zu vermeiden, und auch die Leiter der deutschen Politik, weder Bismarck noch Caprivi etwas haben Wirksames dagegen getan. Ebenso geschickt maskierte König Leopold die gefährlichen Tendenzen seiner Kongopolitik. Bismarck war kein großer Meister in kolonialpolitischen Fragen. Erst war er Gegner eigener deutscher Kolonialerwerbungen, beförderte vielmehr die französische Expansion in Afrika, weil er hoffte, die Franzosen würden sie als Ersatz für Elsaß-Lothringen gelten lassen. Schon diese Rechnung war vollständig verfehlt. Sie wurde es noch mehr, als Bismarck sich nachher doch entschloß, auch deutsche Kolonien zu schaffen. Inzwischen hatte nun König Leopold seine afrikanischen Pläne reifen lassen, und auch hierfür gewann er die Unterstützung Bismarcks. Als ein Werk internationaler Humanität und Wissenschaft begann Leopold seine Kongounternehmung, und noch 1882, als bereits die Aufrichtung seiner politischen Herrschaft in vollem Gange war, hatte er den Mut, politische Absichten abzuleugnen.***) Bismarck dürfte wohl diese politischen Absichten nicht lange verkannt haben, und wenn er sie trotzdem gegen Englands immer wache Eifersucht unterstützte, so sieht man hieraus so gut wie aus der Unterstützung französischer Kolonialpolitik, daß es ihm nicht darauf ankam, afrikanischen Boden unter die Herrschaft anderer kommen zu lassen, so daß das Gebiet, das für Deutschland selber übrig blieb, immer beschränkter wurde. Für einen, der dann doch schließlich noch eigene Kolonien in Afrika erworben hat, war dies Verhalten ein Fehler. Noch viel bedenklicher aber war die Rückwirkung der Kongokolonie auf die belgische Politik in Europa. Zwar hat Leopold der Zweite den Kongostaat nicht vor seinem Tode zur belgischen Kolonie machen wollen und hat auch zuletzt nur widerwillig der Annexion seiner Schöpfung durch Belgien zugestimmt. Trotzdem mußte die deutsche Politik doch schon zu Bismarcks Zeiten zum mindesten mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß eine Kolonie Leopolds früher oder später einmal eine Kolonie Belgiens werden mußte. Belgien wurde aber dadurch in die weltpolitischen Machthändel verwickelt, und das mußte mit Sicherheit ein unwiderstehlicher Anreiz werden, der Neutralität

*) Vgl. P. Dirr, „Belgien als französische Ostmark“, S. 338 f.

**) Vgl. Karl Rathgen „Leopold II.“ in der im Inselverlag zu Leipzig erscheinenden Zeitschrift „Welfried“, Monatschrift für Gegenwart und Geschichte der belgischen Lande Nr. 10—11, Mai—Juni, 1917.

früher oder später untreu zu werden und Partei zu ergreifen. Daß dies nicht die Partei Deutschlands sein würde und sein konnte, war schon in den achtziger Jahren vorauszusehen. Belgien bekam nun auch in Afrika dieselben Nachbarn wie in Europa: England, Frankreich und Deutschland. Sobald England begann, auf Unterhöhlung der belgischen Neutralität hinzuwirken, mußte die Angst um den Kongobesitz für die belgische Regierung ein neues starkes Motiv werden, den Engländern zu willen zu sein. So hat die deutsche Politik nichts getan, die gefährlichen Regungen des belgischen Staatsnationalismus zu ersticken, solange es noch Zeit war. Weder seine militärischen, noch seine kolonialpolitischen Vorbereitungen hat sie verhindert, obwohl sie bei beiden der Hilfe Englands gewiß gewesen wäre. Als England seine Haltung änderte und Belgien mit ganz neuen Augen im Hinblick auf seine Brauchbarkeit gegen Deutschland zu betrachten anfang, war es bereits zu spät. Die belgische Neutralität war durch den großgezogenen Staatsnationalismus innerlich unmöglich geworden.

Die große Wendung der britischen Politik erfolgte 1904 mit der Aufgabe der bisherigen „glänzenden Vereinsamung“ und der Annäherung an den französisch-russischen Zweibund. Bereits im Frühjahr 1906 erfolgten die uns aus belgischen Akten bekannt gewordenen Unterredungen des belgischen Generalstabschefs Ducarne mit dem englischen Oberstleutnant Barnardiston über die Landung und den Aufmarsch eines englischen Heeres in Belgien gegen Deutschland. Von diesem Tage an nahm die belgische Heeresleitung eine bewußt unneutrale Haltung ein. Im September desselben Jahres verständigte sich Ducarne bei Gelegenheit der französischen Herbstmanöver auch mit dem französischen Generalstab, ja er versuchte sogar den damals ebenfalls als Manövergast anwesenden holländischen Oberstleutnant Hoogeboom für seine Pläne zu gewinnen. Ducarne erkannte recht gut, daß England und Frankreich sich mit deutschfeindlichen Absichten trugen. Er verständigte sich durchaus nicht etwa in ahnungsloser Vertrauensseligkeit mit den Engländern und Franzosen, weil er etwa geglaubt hätte, daß diesen alle Angriffsabsichten fernlagen, und daß sie sich wirklich nur gegen Vergewaltigungen des vorgebliehen deutschen Friedensstörers sichern wollten. Er war vielmehr als überzeugter belgischer Staatsnationalist der Meinung, daß Belgien nicht länger neutral bleiben könne und dürfe, und er wählte mit Überzeugung die Partei Englands und Frankreichs. Ducarnes Nachfolger, Generalstabschef Jungbluth, erfuhr sogar am 25. April 1912 von dem englischen Militärbevollmächtigten Bridges ganz offiziell, daß die Engländer während der Marokkokrise bereit gewesen wären, 160 000 Mann gegen Deutschland in Belgien zu landen. Es ist außer allem Zweifel, daß auch die belgische Regierung vollkommen über die Absichten Frankreichs und Englands im klaren war und nicht für sich den guten Glauben an die Echtheit ihrer Neutralität in Anspruch nehmen darf. Erstens ist es ausgeschlossen, daß sie von den Abmachungen ihres Generalstabs etwa nichts gewußt habe, und zweitens war sie durch die bekannt gewordenen Berichte ihrer eignen Gesandten, des Barons Greindl aus Berlin, des Barons Guillaume aus Paris, ja sogar des gewiß nicht deutschfreundlichen Baron Beyens, der Greindls Nachfolger in Berlin war und heute Minister des Auswärtigen in Le Havre ist, vollständig über die aggressiven Absichten der Ententepolitik und die Friedfertigkeit Deutschlands unterrichtet. Die belgische Regierung wollte eben nicht mehr neutral sein; die staatsnationalistische

Gefinnung war in ihr zum Siege gelangt, sie hoffte auf eine künftige Größe und Weltgeltung des belgischen Staates in Anlehnung an die Westmächte, sie wollte die Duldung dieses machtpolitischen Aufstiegs durch das Bündnis mit England erkaufen.

So gelangten die von Anglomanie befehenen Staatsnationalisten innerpolitisch zu einem engen Bündnis mit den wallonisch-nationalen Elementen, die ihrerseits Frankreich vergötterten. Die wallonische Bewegung hatte Tendenzen angenommen, die von einer direkten Vorbereitung der Annexion Belgiens durch Frankreich nicht mehr weit entfernt waren. Man könnte sich daher an sich wundern, wie die belgische Regierung sich veranlaßt sehen konnte, durch Begünstigung der Verbrüderung mit Frankreich ihre eigene Existenz in Frage zu stellen. Aber die weltpolitischen Gesichtspunkte erklären diese innerpolitische Haltung der Staatsnationalisten vollkommen. Es galt ja doch eben die Stimmung der belgischen Bevölkerung für die Aufgabe der Neutralität und das Einverständnis mit den Westmächten zu gewinnen. Dazu mußten die natürlichen Sympathien der Wallonen benutzt werden, und darum mußten die flämischen Bestrebungen, wenigstens insgeheim, bekämpft werden. An sich hatte nämlich die regierende katholische Partei gerade an den kirchentreuen Flamen ihre zuverlässigste Stütze, während die Wallonen mit den französischen Neigungen ihres Herzens sehr vielfach auch die Jakobinergefinnung und den Antiklerikalismus aufnahmen. Daher dominierten gerade in den wichtigsten wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich die Sozialisten und die Liberalen. Trotzdem betrogen die regierenden Männer der katholischen Partei, die selber, weil das wallonische Element überall in Belgien den ersten Platz einnahm, größtenteils Wallonen waren, das flämische Volk um seinen Einfluß. Sie brauchten eben die französischen Sympathien für ihre staatsnationalistischen Ziele. Es hat auch unter den wallonischen Katholiken nicht an Anhängern einer ehrlichen Neutralität gefehlt. An ihrer Spitze stand der katholisch-konservative Wallone Charles Woeste. Ihm gegenüber glaubte die sogenannte „Junge Rechte“ (Jeune Droite) die konservativen Grundsätze verleugnen und mit den Sozialisten an demokratischer Gefinnung wetteifern zu müssen. Mit ihr verbanden sich Staatsnationalismus und französische Neigungen. So bestätigt sich hier wieder die Erfahrung, die wir während des Krieges so häufig in fast ganz Europa gemacht haben, daß die Vertreter der westeuropäisch orientierten Demokratie meist auch zugleich die Träger der deutschfeindlichen Gefinnung waren.*) In Belgien widersetzten sich nur wenige dem deutschfeindlichen Staatsnationalismus, die meisten immer noch innerhalb der katholischen Partei, unter den Wallonen fast nur die wenigen konservativ-katholischen Elemente. Die Entscheidung fiel in den Fragen der Rüstungspolitik. Die Staatsnationalisten arbeiteten auf die endgültige Militarisierung Belgiens durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hin. Die „Junge Rechte“ war schon aus sozialen Gründen der Wehrpflicht geneigt; die machtpolitischen Verlockungen kamen hinzu. Eine neue Wehrgezetvorlage verlangte, daß aus jeder Familie wenigstens ein Mann im Heere dienen sollte. Nach langem Kampfe gegen diese Forderung unterlag der konservative Flügel der

*) Vgl. meine Aufsätze über die belgische Frage „Grenzbote“ 1916 Nr. 51, 1917 Nr. 15.

Regierungspartei unter Boesie, und König Leopold erlebte noch auf dem Totenbette im Dezember 1909 den Triumph, daß er seine Unterschrift unter dieses Gesetz, das nur der Auftakt zur allgemeinen Dienstpflicht sein konnte, setzen durfte. Nun hatte der neutralitätswidrige Militarismus gewonnenes Spiel. In dem Ministerium de Broqueville gewann nach dem Rücktritt des Kriegsministers Sellebaut (März 1912) der jungklerikale Flügel der Regierungspartei die Alleinherrschaft, und mit ihm der unverhüllte Staatsnationalismus. Sein Hauptvertreter innerhalb der Regierung war neben dem Ministerpräsidenten der Justizminister Carton de Wiart. Die Regierung verband sich in der Wehrfrage mit den imperialistisch gesinnten Liberalen und wußte innerhalb des katholischen Lagers durch geschickte Parteitaktik die noch vorhandenen Widerstände zu beseitigen, so daß es nicht schwer fiel, 1913 die allgemeine Wehrpflicht durchzusetzen. In einer geheimen Sitzung der Kammer machte die Regierung aus ihren deutschfeindlichen Absichten schon gar kein Geheim mehr. In wallonischen Kreisen dachte man damals bereits auch an einen Freischarentkrieg gegen die Deutschen.

Die belgischen Staatsnationalisten haben ihr Ziel erreicht. Als 1914 der Krieg ausbrach, tat ihnen Deutschland den Gefallen, in Belgien einzumarschieren und so das Odium des äußerlichen Neutralitätsbruches auf sich zu nehmen, weil ihm, wie es die belgischen Militärs seit langem annahmen, keine andere Wahl blieb. Belgien konnte nunmehr offen auf die Seite der Entente treten, wo es sich als Bundesgenosse im Entscheidungskampfe seine künftige Größe zu verdienen gedachte. Aber trotz aller Rüstungen war das belgische Heer doch nicht stark genug, den deutschen Vormarsch so lange aufzuhalten, bis die Engländer und Franzosen festen Fuß gefaßt hatten. Erst an der Marne konnte Frankreich dem deutschen Stoß Halt gebieten, und England konnte nicht einmal Antwerpen retten, sondern erst bei Ypern seine festländische Brückenkopfstellung nur zum Teil behaupten. Seitdem muß die belgische Regierung in Le Havre von der Gnade ihrer Verbündeten leben, denen sie sich in die Hände gegeben hat. Aber sie hält an ihnen fest und hofft auf eine Wendung des Kriegsglückes. Der belgische Staatsnationalismus ist noch nicht tot, er träumt, wie Zeitungsstimmen beweisen, noch immer von einer belgischen Herrschaft bis an den Rhein, und von einem Anteil aus der deutschen Kolonialbeute in Afrika. Mit dieser Richtung ist für uns keine Verhandlung möglich. Auch wenn wir uns veranlaßt sehen sollten, unsere Zustimmung zur Wiederherstellung eines selbständigen neutralen Belgien zu geben, so kann dieser Neuaufbau nur mit einer Regierung vereinbart werden, die dem Staatsnationalismus entsagt. Die Bürgschaft für das Ende dieser widernatürlichen Machtpolitik eines Kleinstaates kann nur die Trennung Belgiens in einen flämischen und einen wallonischen Nationalstaat, der Verlust der Kongokolonie und die endgültige Entwaffnung des Landes bieten. Die deutsche Regierung muß beim Friedensschluß sich vor Augen halten, was die früheren Leiter der deutschen Politik nicht genügend gewürdigt haben: daß nur ein Belgien ohne Armee und Kolonien, und ein Belgien, das nicht mehr in der Lage ist, die Flamen zu vergewaltigen, ein ehrlich neutraler Nachbar sein kann.

